

Die Queen auf Stippvisite in der taz

taz als typischer „High-Tech-Betrieb“ Vorbild für britische Industrie / Die „Nur“-Königin in der Frauenredaktion / Besonderes Interesse des Prinzege an der Sportseite / Solidarität mit den Walen, aber keine Auskunft über den Zwist mit Thatcher

Von Ulli Kulke

Berlin (taz) — Dem unbefangenen Beobachter, der am Mittwoch gegen neun Uhr dreißig die Straßenkreuzung Watt-/Voltastraße im Berliner Wedding passierte, ließ die Szenerie nur einen Schluß zu: Die taz wird (mal wieder) von der Staatsgewalt heim- und durchgesucht; durchgängige Farbkombination der rund um das Redaktionsgebäude postierten Fahrzeuge: grün-weiß. Lange hatte man sowieso drauf gewartet, wegen Volkszählungsboykott. Wer dann etwas genauer hinsah, wurde allerdings stutzig. Seit wann führen Londoner Dienststellen bei derlei Unternehmungen die Oberaufsicht? In vier dunkelblauen Limousinen mit britischen Kennzeichen saßen bewaffnete Uniformierte und lauschten piepsenden Funksignalen. Die Fratze einer Besatzungsmacht?

Hinter dem scheinbar so normalen wie gemeinen Vorgang verbarg sich indes im ersten Stockwerk des Eckhauses eine Situation, wie sie bizarrer nicht sein könnte: Königlich-Prinzlicher Besuch in der Redaktion der taz, Small-talk und eine spontane Ansprache, ein zügiger Gang durch die Räumlichkeiten vom Archiv bis zum Zentralcomputer, und in der Cafeteria die obligatorische Tasse Tee (trotz indischer Alternativware immerhin ohne sichtbares Naserümpfen der Herrscherin über das Reich der Teetrinker). Wer hätte das gedacht? Die Queen in der taz anlässlich ihres zweitägigen Berlin-Besuches.

Beziehungen sind eben doch alles, auch im Leben einer Potentatin. Prinz Philip, ein Mann mit reichlicher Journalisten-Verwandtschaft, dank seiner Herkunft des Deutschen mächtig, hat ein Faible für das bundesdeutsche Pressewesen. Leider liegt bei ihm auf dem Frühstückstisch („noch“, wie er mit der Teetasse in der Hand erklärt) „die az mit dem F davor und nicht mit dem T“. Doch immerhin, das eine oder andere Mal habe er das „erfrischende“ Produkt aus Berlin persönlich studiert. Insbesondere die Sportseite erfreut sich nach seinen Worten regen Interesses in den Suiten des Buckingham-Palastes.

taz-Macher wie „Leser sollten jedoch keine voreiligen Schlüsse ziehen. Es war ganz offenbar weniger das Produkt als die Produktion, die das „exzellente“ Interesse an der taz (wie auch an zwei weiteren benachbarten Firmen) geweckt hat. Großbritannien sieht seine Zukunft ebenso wie Berlin in der Produktion von High-Tech-software in höchst-innovativen bis ungewöhnlichen Unternehmensgründungen (mit inzwischen sichtbarem Erfolg). Und die taz als modernst ausgerüsteter High-Tech-Betrieb ist — wer wollte das bezweifeln — äußerst innovativ; schon gar aus der Sicht eines so traditionsreichen Hauses wie das der Windsors. Ob Prinz Philip persönlich oder sein Statthalter in der Halbstadt diesen Punkt ins Besuchsprogramm einbaute, war von beiden nicht zu erfahren. Aber warum soll nicht auch ein Prinz einmal über seinen hoheitlichen



Demnächst ein Freiabo... Foto: ap / Montage: taz

Schatten gesprungen sein, wenn's um die Zukunft seines Landes geht?

Auch wenn die Zeit nur kurz bemessen war, so reichte sie doch für

wahrhaft denkwürdige Situationen. Philip, auf dem Weg in die Sportredaktion, (um dieselbe in Sachen Polo-Artikel vom vergangenen August zur Rede zu stellen?) sah sich unversehens mit seiner Gemahlin im Sport-„Vorfühmer“, nämlich der Frauenredaktion. Da stand sie nun neben den Schreibstischen der Emanzipationskämpferinnen, die „Nur“-Königin und ansonsten Berufslose wie die „Nur“-Hausfrauen. „Glücklicherweise hat sie von ihren Zofen am Morgen keine lange Schleppe verpaßt bekommen“, werden Beobachter der Szene gemerkt haben. Der Flurboden, wie

auch die übrigen Räumlichkeiten, waren nach dem sehr kurzfristig geäußerten Besuchswunsch keiner Reinigung mehr unterzogen worden, ein Kompromiß des taz-Plenums.

Ohnehin lautstark umstritten (man war am Samstag zuvor kurz vor Raufhändeln), wäre der Beschluß, den hohen Besuch zu akzeptieren, ansonsten nicht mehrheitsfähig gewesen. Am produktionsfreien Tag (vor Himmelfahrt) konnten ohnehin diejenigen zu Hause bleiben, dies schon immer etwas gegen Krone, Zepter und dergleichen hatten, ohne die Arbeit zu verweigern.

Immer rege, waren natürlich mehrere Ressorts darauf bedacht, ein königliches Wort zu dem einen oder anderen Spezialproblem zu erheischen. Der Ökologie-Redakteur kam dabei noch am weitesten, als er von Philip auf die Rolle seines Sohnes Charles bei der Bewahrung der Artenvielfalt angesprochen wurde (der World-Wildlife-Fund berief ihn als „Prince of Wales“ zum Schirmherrn seiner Wal-Solidaritäts-Kampagne). Der Vater stehe hier voll hinter dem Sohne, durfte sich der Umwelt-Ressortchef in seinen Block notieren. Schwieriger war es schon, als die Auslandsredaktion — stets bereit, Finger auf offene Wunden zu legen — zwischen Tür und Angel Näheres über die latenten Zwistigkeiten zwischen der Queen und der Eisernen Lady wissen wollte. Das Paar fand diese Frage sichtlich nicht „gentlemanlike“, und der ökonomisch geschulte Philip brachte die Sprache lieber geschwind auf die im taz-Flur aufgehängte steil nach oben gerichtete Kurve der Abonnenten-Entwicklung („ein Betrieb mit Zukunft“).

Ob diese Abonnenten wiederum, die dafür Bares entrichten müssen, es gerne sehen werden, daß dem Königshaus als Geschenk ein Gutschein über ein taz-Freiabo mitgegeben wurde („lebenslang, jeweils mit der Krone vererbbar“)?

Friedenspolitisch den Löffel abgegeben

Die Grünen-Bundestagsfraktion läuft Gefahr, in der Abrüstungsdebatte von den Ereignissen überrollt zu werden / Konzeptionslos auf ureigenstem Politikfeld / BAG Frieden: „Polittheater“

Von Charlotte Wiedemann

Bonn (taz) — In der seit zwei Monaten tobenden Abrüstungsdebatte ist von den Grünen wenig zu hören. Die Partei, die einmal als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung galt, hat sich auf diesem ureigensten Politikfeld offensichtlich selbst völlig lahmgelegt. Auf dem kleinen Parteitag der Grünen, dem Bundeshauptausschuß am morgigen Sonntagabend, wird die Kontroverse über die Linie grüner Friedenspolitik einer der Hauptdiskussionspunkte sein. Wenn die Bundestagsfraktion nicht spätestens bis zur Regierungserklärung über die „Null-Null-Lösung“ in der kommenden Woche mit einer eigenen Positioninitiative wird, werden die Ereignisse sie ohnehin völlig überrollt haben.

Mit einem Offenen Brief an die grüne Parlamentsfraktion hat die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Frieden jetzt ihre Kritik am „Polittheater“ der vergangenen Wochen zugespitzt. Trotz wiederholter Interventionsversuche seitens des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung hatte die Mehrheit der Bundestagsfraktion es abgelehnt, im Bundestag per Antrag die unverzügliche Aufhebung des Stationierungsbeschlusses zu fordern, also auch in der aktuellen Debatte an der Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten festzuhalten, wie sie im grünen Wahlprogramm stehen. Statt dessen stimmte die Mehrheit der Fraktion am Ende einem inhaltsleeren Antrag der SPD zu, der von der Bundesregierung nur fordert, die Bemühungen von USA und Sowjetunion zu unterstützen.

Inwieweit es sich dabei um taktische Verhедderungen, schlichte Inkompetenz oder um das gewollte Abrücken von friedenspo-

litischen Positionen handelt, wird bei den grünen Beteiligten und Beobachtern unterschiedlich interpretiert. Die Abgeordnete Nikels, die im Bundestag auch ihren Arm für den SPD-Antrag hob, sieht das mittlerweile als „schweren Fehler“ an: „Wir haben friedenspolitisch den Löffel abgegeben.“

Die Fraktion müsse noch vor der Regierungserklärung und im Vorfeld der bundesweiten Bonner Friedensdemonstration den Abzug der Pershing II und Cruise Missiles fordern, parallel zu einem möglichen Abkommen zwischen den Großmächten. Selbst derartige Kompromißvarianten waren in den Fraktionsabstimmungen bisher durchgefallen.

Im Verhältnis zur Friedensbewegung haben sich die Grünen damit in eine groteske Situation manövriert: Nachdem jahrelang der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung wegen seiner Orientierung auf Abrüstungsverhandlungen kritisiert wurde, haben sich nun die Rollen vertauscht: Die Demonstration am 13. Juni steht unter dem Motto „Denersten Schritt — Atomraketen verschrotten“, während die Bonner Grünen-Politik jetzt auf Verhandeln statt Bewegung zu setzen scheint.

Als Wiedergutmachung nach dem parlamentarischen Desaster gilt bei manchen Abgeordneten die für den 5. Juni geplante Blockade der Geilenkirchener Pershing-1a-Basis, die die Grünen als Fraktion durchführen wollen.

Ob das friedenspolitische Blackout der Bonner Grünen darauf hinausläuft, daß bisherige Positionen aus dem Programm der Partei geschlachtet werden, wie es die BAG Frieden und die linke Fraktionsminderheit befürchten, wird sich in den kommenden Wochen auch an der Haltung zur

NATO herauskristalisieren. Auf einer Realo-Pressekonferenz in Bonn in dieser Woche wurde die Forderung nach Austritt aus der NATO bereits als Politikhindernis bezeichnet.

Die Verantwortung des Ingenieurs

Deutscher Ingenieurtag in München / Freiheit und Verantwortung in Forschung und Technik / Ingenieurinnen als Elite in der Männergesellschaft / Das Auto im Mittelpunkt

München (taz) — Freiheit und Verantwortung in Forschung und Technik — ein wahrhaft großes Thema, das sich der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) auf dem mit 2.200 Teilnehmern (über die Zahl der Teilnehmerinnen konnten keine Angaben gemacht werden) „größten und medienwirksamsten Ingenieurtag“ diese Woche in München gestellt hatte.

Die Beiträge fielen weniger paratistisch aus. Wer Kritik oder Selbstkritik der Ingenieure erwartet hatte, wurde enttäuscht. In den sechs Fast-Fachvorträgen zu Mikroelektronik, der Fabrik der Zukunft, Expertensystemen, Umwelterhaltung, technologischer Sicherheit sowie Technik und Gesellschaft wurde zu den umstrittenen Bereichen Gentechnologie, Atomenergie und Datenverarbeitung wenig Tiefgründiges geboten.

Für den Siemensvorstand Hermann Franzetwareduzierte sich die Verantwortung des Ingenieurs vor allem auf das „rechtzeitige Vorliegen der Entwicklungsergebnisse. Da zählt man denn auch „die Zeit nicht in Wochenstunden“. Ethische Probleme mit der neuen Technik kann sich der Manager nicht leisten: „... so glaube ich, daß auf Dauer nur die Anwendungen bleiben werden, die einen positiven Beitrag zur Lebensqualität der Menschen leisten.“

Die Scheuklappen teilt er sich

mit seinem Vorstand-Kollegen Heinz Braun von der Allianz. Der Risikoexperte spricht auch nach Toten bei der Kernenergie, Proteste gegen die Verkehrstoten hat er „noch nie gehört“.

Das Auto ist nach wie vor auch des deutschen Ingenieurs liebstes Kind. Als nach anderthalb Tagen erstmals das Publikum zu Worte kommt, steht — immer noch unter dem Thema „Freiheit und Verantwortung“ — die Blechkiste im Mittelpunkt. Der Forderung von Prof. Linde nach Entwicklung von sparsamen Kleinfahrzeugen setzt der Marktwirtschaftler Braun entgegen, daß das in einem demokratischen Staat nicht möglich sei, wenn die Verbraucher keines kaufen.

Viel ist auch die Rede von der Informationspflicht und Bringschuld der Wissenschaft, doch Hans Wolfgang Levi von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) warnt vor der Überschätzung der Sachinformation. Vertrauensbildung gegen Angst und differenzierte Betrachtung sind angesagt. „Weniges ist schwarz oder weiß in dieser Welt, wir leben vielmehr in einer unglaublich differenzierten Skala von Grautönen.“ Farben scheint es in seiner Welt nicht zu geben.

Dafür sind auch beim VDI die Frauen zuständig. Zwar lehnt es Helga Stödter, Ehrenpräsidentin

der „Frauen im Management“, ab, daß Ingenieurinnen als „Exotinnen“ oder „Blumen im Kakteenfeld“ charakterisiert werden — sie sieht sie als „Elite in der Männergesellschaft“ —, das hindert sie jedoch nicht, ihre Kolleginnen wie eine Ware anzupreisen: „Frauen sind eine Investition in die Zukunft. Sie haben spezielle Eigenschaften ... Frauen sind physisch und psychisch belastbarer, ein weiterer Vorzug.“

Die These der Darmstädter Maschinenbauerin Monika Greif, daß mit der Ausgrenzung der Frauen soziale Erfahrungen ausgegrenzt werden, die die Inhalte der Technik wesentlich beeinflussen würden, wird leider nicht aufgenommen. Stattdessen dreht sich alles um die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung. („Das geht oft aus Kostengründen nicht!“)

Dabei haben doch VDI-Chef Becker zufolge „die Frauen bei uns im VDI ein Heimspiel“. Allerdings erst, nachdem die Hauptpartie abgepfiffen ist. Achtundzwanzig Stunden nach Eröffnung, und nachdem die meisten Teilnehmer schon wieder abreisen, kommt die erste Frau zu Wort. Diplomingenieurin Christine Fürstin von Urach, bei Daimler in leitender Stellung, verbreitet auf ihre Art Hoffnung: „Vielleicht wird beim nächsten Ingenieurtag der Bundeskanzler auch auf die Ingenieurinnen eingehen.“ karaman

Bahr für Abschaffung der Pershing 1a

Bonn (ap) — Der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr ist dafür eingetreten, in eine doppelte Null-Lösung bei den atomaren Mittelstreckenwaffen auch die 72 Pershing-1a-Raketen der Bundeswehr mit 750 Kilometer Reichweite einzubeziehen. Diese Raketen seien deutsche Waffen und somit als „Drittstaatsysteme“ von einer doppelten Null-Lösung ausgenommen. „Die amerikanischen Sprengköpfe machen das ganze zu einer amerikanischen Waffe“, schrieb Bahr.

Kohl kritisiert Anwälte

Hamburg (ap) — In scharfer Form hat Bundeskanzler Helmut Kohl jene Richter und Anwälte kritisiert, die an Protestaktionen mit Sitzblockaden gegen militärische Einrichtungen teilgenommen haben. Vor dem 44. Deutschen Anwaltstag sagte Kohl am Donnerstag vormittag in Hamburg, es sei „bestürzend“, wenn auch Juristen nicht davor zurückschreckten, „bewußt, ja geradezu demonstrativ Gesetze zu verletzen“.

Innerdeutsche Städtepartnerschaft

Berlin (ap) — Die baden-württembergische Kommune Fellbach und Meißen in der DDR haben am Mittwoch Verhandlungen über eine Städtepartnerschaft aufgenommen. Fellbach ist die erste baden-württembergische Stadt, die eine Partnerschaft mit einer DDR-Stadt eingehen will.

Mitarbeiter des Bauamts bestochen

Frankfurt (ap) — Die Staatsanwaltschaft Frankfurt wirft zwei Mitarbeitern des städtischen Straßen- und Brückenbauamtes vor, seit Mitte der 70er Jahre Sach- und Geldleistungen von mehreren Straßenbaufirmen, Baustofflieferanten und Baumäschinenhändlern angenommen zu haben. Gegen die beiden Männer waren in der vergangenen Woche Haftbefehle wegen des dringenden Verdachts der Bestechlichkeit und der Untreue im Amterlassen worden, sie sitzen in Untersuchungshaft.

Weltkonferenz der Bürgermeister

Hannover (dpa) — Eine „immer intensiver werdende atomare Bedrohung“ hat der Bürgermeister der japanischen Stadt Hiroshima, Takeshi Araki, am Mittwoch in Hannover beklagt. Trotz weit verbreiteten Widerstands gingen die Atomversuche weiter, und das atomare Wettrüsten nehme ohne Ende zu, sagte Araki zu Beginn einer Arbeitstagung der „Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden durch Städtepartnerschaft“. An der zweitägigen Tagung nehmen nach Veranstalterangaben die Bürgermeister von Hiroshima, Nagasaki, Ost-Berlin, Como, Lusaka, Wolgograd und Hannover teil.

80 DDR-Häftlinge in der BRD

Bonn (dpa) — Über den innerdeutschen Grenzübergang Herleshaus sind am Mittwoch 80 vorzeitig entlassene politische Häftlinge der DDR in die Bundesrepublik gekommen.

Sauna im bayerischen Landtag nur für Männer

München (dpa) — Nach nur vier Wochen Probelauf ist die gemeinsam von weiblichen Abgeordneten der CSU und der Grünen erstrittene Öffnung der Sauna im bayerischen Landtag für Frauen wieder beendet. „Mangels Nachfrage“ dürfen in Zukunft wieder nur noch die männlichen Parlamentarier schwitzen.

Brand in Müllverbrennung

Krefeld (ap) — Bei einem Großfeuer in der Müllverbrennungsanlage der Stadt Krefeld ist am Mittwoch ein Schaden in Höhe von mehreren Millionen Mark entstanden.